



Antrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Katja Weitzel, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäuml, Doris Rauscher, Ruth Waldmann, Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib, Ruth Müller, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl SPD**

Gefährdung der Hightech Agenda durch Rückzahlungsforderungen an Hochschulen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst und dem Landtag unverzüglich zu berichten, in welchem Ausmaß und mit welcher Begründung das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst von den Universitäten und Hochschulen Rückzahlungen von Haushaltsresten aus dem Bereich der Hightech Agenda einfordert und dabei auf die folgenden Fragen einzugehen:

1. Wie hoch sind die Summen, die von den einzelnen Hochschulen in welchen Bereichen zurückgefordert werden?
2. Mit welcher Begründung fordert die Staatsregierung die Restmittel von den Hochschulen zurück?
3. Welches Einsparungspotenzial haben die Hochschulen nach Einschätzung des Staatsministeriums angesichts laufender und geplanter Berufungsverfahren?
4. Wie lassen sich die Rückzahlungsforderungen an die Hochschulen und Universitäten mit der hohen Priorisierung der Hightech Agenda durch die Staatsregierung vereinbaren?

Begründung:

Nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 22. April 2024 haben sich die Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften in einem internen Protestschreiben gegen eine Ankündigung des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst gewandt, Geldsummen zurückzufordern, die die einzelnen Hochschulen bereits für neu geschaffene Professorenstellen verplant haben. Die Hochschulen beurteilten die Umsetzung der Hightech Agenda als „massiv gefährdet“, sollte das Staatsministerium auf seinen Forderungen bestehen. Sie machten deutlich, dass sie Budgets für langfristige Planungen für die Besetzung von KI- oder IT-Professuren benötigen, um attraktive Angebote zu Gehalt, technischer Ausstattung und Personal für hochqualifizierte Bewerberinnen und Bewerber zu bieten.

Die bayerischen Universitäten und Hochschulen kritisierten die Rückzahlungsforderungen des Staatsministeriums als Widerspruch zu den bisher vom Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder verkündeten Zielen der milliardenschweren Hightech Agenda. So wäre ein Ausfall dieser Mittel „fatal für die Planungssicherheit der Hochschulen und hätte direkte Auswirkungen auf die Umsetzung“ der Hightech Agenda „und die Reputation des Freistaates als Wissenschaftsstandort“. Inzwischen laufen Verhandlungen des Staatsministeriums mit den Hochschulen über deren Verlauf der Landtag nicht informiert ist.